

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 56 (1962)
Heft: 10

Artikel: Weltrundschau : letzte Frist? ; Kalter Krieg um Kuba ; Kommunismus und Fidelismus ; Geistige Auseinandersetzung - aber wie? ; Nur kein Pharisäertum!
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140708>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine Neunzigjährige

Es ist Frau *Margarete von Bendemann-Susman* in Zürich, die nunmehr — am letzten Sonntag, 14. Oktober — neunzig Jahre alt geworden ist. Außergewöhnlich wie dies Alter ist auch ihr Leben und ihr Werk. Wir haben von ihrem Geburtstag leider wieder einmal zu spät erfahren, um ihre Persönlichkeit und ihr schriftstellerisches Werk, das im deutschen Sprachgebiet seinen festen, hohen Platz gewonnen hat, heute würdigen zu können; es soll im nächsten Heft der «Neuen Wege» nachgeholt werden. Inzwischen wollen wir hier aber doch alles dessen dankbar gedenken, was Margarete Susman uns als Mitarbeiterin und Mitstreiterin durch die Jahrzehnte hindurch gewesen ist und weiter ist. Sie war immer tief mit unserer Sache, unseren Anliegen verbunden und stand ohne Wanken zu uns in der Zeit, da sich die Geister schieden. Jetzt gerade vor einem Jahr, an unserer Tagung vom 8. Oktober 1961, hat sie noch zu uns «Vom Sinn unseres Kampfes» gesprochen und dann im Januarheft 1962 einer Friedenskämpferin gedacht, mit der sie sich nahe verwandt fühlt. So lebendig und klar steht sie mitten unter uns trotz allen körperlichen Behinderungen, die sie aber nicht unterzukriegen vermögen!

In Dankbarkeit grüßen wir alle, die wir uns um die «Neuen Wege» scharen, Margarete Susman und wünschen ihr von Herzen nur Gutes und — so es in dieser argen Zeit möglich wäre — Ermutigendes auf dem Grund des gemeinsamen Glaubens, der uns vereint.

*Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz
Freunde der «Neuen Wege»*

WELTRUNDschau

Letzte Frist? In einer langatmigen Erklärung über Kuba, die von der Nachrichtenagentur Taß am 11. September veröffentlicht wurde, ließ die Sowjetregierung mit wohlberechneter Gleichmütigkeit auch die Bemerkung fallen, sie sei bereit, bei den Verhandlungen über einen *Friedensvertrag mit Deutschland* die Tatsache zu «berücksichtigen», daß im November Wahlen zur amerikanischen Bundesversammlung stattfinden. Mit um so größerem Ernst warnte sie aber die Regierung der Vereinigten Staaten vor jedem neuen Angriff auf Kuba; ein solcher Überfall, so sagte sie geradeheraus, werde nicht mehr und nicht weniger als «der Beginn der Entfesselung eines Krieges sein». Welches auch die wahren Beweggründe für den neuen Aufschub entscheidender sowjetischer Schritte zur

Lösung der *Berlin- und Deutschlandfrage* sein mögen — sicher ist, daß die Moskauer Regierung es ernst meint mit ihrer gleichzeitig abgegebenen Erklärung, daß sie «nach wie vor für den schnellsten Abschluß eines deutschen Friedensvertrags und für die Regelung der Lage in Westberlin auf seiner Grundlage» sei. Sie räumt also den Westmächten und vor allem der Deutschen Bundesrepublik eine letzte Frist zur Besinnung auf die Wahrheit ein, daß ihre Politik gegenüber Ostdeutschland endgültig unhaltbar geworden ist und von Grund aus umgestellt werden muß. Das heißt aber: In Westdeutschland muß man sich ebenso wie in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten klar darüber werden, daß spätestens seit der Errichtung der Berliner Sperrmauer alle Hoffnungen auf einen inneren Zusammenbruch der DDR begraben werden müssen und daß das Bestehen eines zweiten deutschen Staates eine Tatsache ist, um deren Anerkennung einfach nicht mehr herumzukommen ist, wenn man sich nicht in eine *gewaltsame* «Lösung» der Berlinfrage flüchten will. Denn wenn nicht verhandelt werden will, wird eben geschossen werden — das ist nun so klar geworden, daß danach gehandelt werden *muß*, «so oder so». Wie die «Blätter für deutsche und internationale Politik» (Köln, Septemberheft) richtig feststellen: «Der Weg in die Zukunft hat nur noch zwei Durchlässe. Der eine davon ist trügerisch, denn er führt in den alles vernichtenden Krieg. Der andere führt an den Verhandlungstisch. Noch können wir uns einigermaßen freiwillig an diesen setzen. Gezwungenermaßen später einmal, wäre er nicht nur peinlich, sondern das Verhältnis von Geben und Nehmen könnte sich bis dahin empfindlich zu unseren Ungunsten verschoben haben.»

Ähnlich sagt es (in einem kürzlich herausgekommenen Buch «Wider die deutschen Tabus») Gerhard Zwerenz, ein DDR-Flüchtling, der aber bei allem Haß gegen den Staat «Pankows» Wirklichkeitssinn genug besitzt, um zu mahnen: «Mit dem 13. August 1961 (an dem die Berliner Mauer aufgerichtet wurde. H. K.) ist es sinnlos geworden, langgehegten Wünschen noch nachzuhängen. Von 1945 bis 1961 gab es viele Möglichkeiten der deutschen Politik; von 1961 an gibt es nur noch die wirkliche Politik der Teilung . . . Die Bonner Proklamation, man erstrebe die Wiedervereinigung als Hauptziel, war vor dem 13. August fragwürdig; nach dem 13. August aber ist sie eine pure Fiktion . . . So bleibt nur noch eines: Bonn möge versuchen, durch Verhandlungen mit Moskau in Mitteldeutschland liberalere Zustände zu erreichen.» (Nebenbei: Warum «Mitteldeutschland»? Soll das heißen, daß es auch noch ein jenseits von Oder und Neiße liegendes Ostdeutschland gebe, das «heim ins Reich» geführt werden müsse?)

Daß sich Bonn freiwillig zu einem solchen Entschluß aufraffen werde, ist, mindestens solange Adenauer, diese Mumie, als Sinnbild westdeutschen Starrsinns und Unverstandes auf seinem Thron sitzt, eine unvollziehbare Vorstellung. Da müssen schon die Verbündeten

der Bundesrepublik eingreifen, vorab die Vereinigten Staaten. Und ob die es wagen, an das Kartenhaus zu stoßen, das die Bonner Ostpolitik darstellt, erscheint mehr als fraglich, solange sie überzeugt sind, ein hochgerüstetes Westdeutschland für ihre Politik der Zurückwerfung der Sowjetunion auf ihre «natürlichen Grenzen» und der Zerschlagung des Weltkommunismus zu brauchen. Von Bonn aus hält man ja Kennedy — wie früher Eisenhower — dauernd so stark unter geradezu erpresserischem Druck, daß schon ein Mut, wie man ihn unter «Staatsmännern» kaum findet, für ihn dazu gehörte, gegen alle Widerstände, namentlich auch solche von innen her, jene Kursänderung vorzunehmen, die ihm die gewöhnlichste Vernunft eigentlich gebieten *müßte*, soll sein Schiff nicht auf den Eisberg auflaufen, der sich bereits durch den Nebel hindurch deutlich genug abzeichnet.

Auf jeden Fall war es das Törichteste, was ein Verbündeter der Bundesrepublik tun konnte, als Herr de Gaulle bei seinem Staatsbesuch in Westdeutschland den Deutschen auf eine Art und Weise schmeichelte, die diese, an derlei plumpe Demagogie längst gewöhnt, in helle Begeisterung versetzen mußte. Das wollen sie natürlich mit allen Sehnsuchtskräften, daß ein führender Staatsmann des Westens sie in aller Form von der riesenhaften, aber ungesühnten Schuld losspricht, die sie mit ihren zwei Weltkriegen (um von allem Früheren zu schweigen) auf sich geladen haben. Aber die übrige Welt und besonders die Völker, die die Opfer des deutschen Größenwahns geworden und nun aufs neue zu werden bestimmt sind, sollten immerhin die Wahrheit des Wortes beherzigen: «Wenn wir die Vergangenheit vergessen, verurteilen wir uns dazu, sie zu wiederholen.» Dies auch auf die Gefahr hin, daß als Antwort auf den Zusammenbruch einer völlig wirklichkeitsfremden Ostpolitik in Westdeutschland ein radikaler Nationalismus um sich greift, der unter einem neuen «Führer» — Strauß? — in einem verzweifelten dritten Kriegsabenteuer sein Heil sucht. Erst letzthin meinte zu mir ein Deutscher, der beide Weltkriege mitgemacht hat: «Wir haben zwei Kriege verloren; aber es ist nicht gesagt, daß wir einen dritten wieder verlieren werden . . .»

Kalter Krieg um Kuba Mittlerweile droht der Kampf um das neue Regime in *Kuba* schon in naher Zukunft zu dem gefürchteten Zusammenstoß zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu führen. Die bereits erwähnte sowjetische Warnung an die Washingtoner Regierung vor einem abermaligen militärischen Angriff auf Kuba ist wahrlich kein gutes Zeichen! In den Vereinigten Staaten hat man freilich diese Warnung sehr übel vermerkt, ja geradezu als Beleidigung und unerhörte Herausforderung bezeichnet und den Stiel einfach umgekehrt, indem man die sowjetischen Waren- und Waffenlieferungen an die Regierung Castro als Beweis für die Absicht Moskaus erklärte, aus Kuba ein Sprungbrett für einen Angriff auf Lateinamerika, ja auf Nordamerika selbst zu machen. An

diesen Vorwürfen ist insofern etwas Wahres, als die Regierung Kennedy gegenwärtig nicht daran denkt, Kuba militärisch anzugreifen. Die moralische Niederlage, die Washington mit dem Scheitern des Überfalls auf Kuba vom April 1961 erlitten hat, sitzt den Regierenden immer noch tief in den Knochen. Und wenn auch ein neuer Feldzug gegen das rebellische Inselland mit viel größeren Kräften unternommen und von Anfang an von dem USA-Stützpunkt Guantanamo aus (an der Südostspitze Kubas gelegen) geführt würde, so würde es doch für die Vereinigten Staaten einen jahrelangen Kleinkrieg und eine höchst unliebsame Verzettelung ihrer militärischen und wirtschaftlichen Mittel bedeuten, wenn sie sich ohne sehr triftigen Grund auf solch ein Abenteuer einließen. Von der verheerenden Wirkung eines Kubakrieges auf das übrige Lateinamerika und die ganze Welt wie auch von den Gegenwirkungen der Sowjetunion auf anderen Schauplätzen des Kalten Krieges sei dabei noch ganz abgesehen.

Moskau tat also der Regierung Kennedy-Rusk sicher Unrecht, wenn es sie wirklich im Verdacht hatte, einen für die nächste Zeit geplanten Angriff auf Kuba vorzubereiten. Aber es hieße trotzdem den Kopf in den Sand stecken, wollte man verkennen, daß sehr starke und einflußreiche Kräfte in den Vereinigten Staaten mit allen Mitteln auf eine solche Unternehmung hinarbeiten. Der amerikanische Geheimdienst, der schon hinter dem Invasionsversuch von 1961 steckte, hat trotz der Verabschiedung von Allan Dulles sein Ziel nicht aufgegeben, Kuba mit militärischer Gewalt wieder unter USA-Herrschaft zu bringen. Ein wesentlicher Teil der Geschäftswelt steht dabei vollkommen auf seiner Seite, ebenso wie die Führung der Republikanischen Partei die Gelegenheit wacker ausnützt, die Kubapolitik Kennedys als schlapp und unverantwortlich nachgiebig vor der Öffentlichkeit zu brandmarken. Von der Presse gilt das gleiche; wenn ein Massenblatt wie die Wochenzeitung «Time» des Luce-Konzerns in aller Form Kuba den Krieg erklärt hat, so ist das ein bedenkliches Zeichen dafür, wie weit die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten bereits für einen militärischen Kreuzzug gegen das Regime Castro reif gemacht worden ist.

Es braucht darum wirklich keine bösertige Phantasie und keine Absicht zum «Mistmachen» in Lateinamerika von seiten der Sowjetunion, wenn sie befürchtet, die Kriegspartei in den USA könne doch noch Kennedys Widerstand gegen ein Losschlagen brechen. Kann es nicht gehen wie 1898, wo auch ein widerstrebender Präsident — Theodore Roosevelt — von den organisierten Scharfmachern zum Krieg gegen Spanien, den damaligen Besitzer Kubas, gezwungen wurde, nachdem im Hafen von Havana das amerikanische Kriegsschiff «Maine» in die Luft geflogen war? Ein ähnlich zweideutiger Zwischenfall könnte auch jetzt wieder die Lunte ans Pulverfaß legen lassen. Man hat auf jeden Fall in den Vereinigten Staaten kein Recht, sich über einen «kommunistischen Stützpunkt» auf der westlichen

Halbkugel zu entrüsten, seitdem die Sowjetunion mit Dutzenden von *amerikanischen* Militärstützpunkten von allen Seiten her umgeben ist. Man vergißt zu leicht, daß die vielberufene Monroe-Doktrin nicht nur die Einmischung außeramerikanischer Mächte in die Angelegenheiten der Neuen Welt «verbietet», sondern auch den Grundsatz der Nichteinmischung der Vereinigten Staaten in *europäische* Angelegenheiten aufstellte. Und dieser Grundsatz ist ja von der amerikanischen Politik so radikal aufgegeben worden, daß man in den USA wahrhaftig kein Recht zur Anklage hätte, wenn sich die Sowjetunion der Verteidigung eines kleinen amerikanischen Landes in der Weise annähme, daß sie wirklich einen militärisch-politischen Brückenkopf auf dessen Gebiet schüfe — was bis jetzt freilich *nicht* der Fall ist.

Es handelt sich eben bei der sowjetischen Kubahilfe lediglich um eine Verteidigungsmaßnahme im Kalten Krieg, der um Kuba geführt wird und der unzweifelhaft von den Vereinigten Staaten eröffnet worden ist. Kuba hat sich durch eine sehr volkstümliche Revolution von der nordamerikanischen Kolonialherrschaft befreit. Die Antwort der Vereinigten Staaten war die Gegenrevolution, zunächst in Form einer Wirtschaftssperre. Als Kuba so von seinen Absatzmärkten und Bezugsquellen größtenteils abgeschnitten war, gab es für seine Regierung keinen anderen Weg, die Wirtschaft des Landes einigermaßen aufrechtzuerhalten und die Revolution weiterzuführen, als die Hinwendung zum Sowjetblock, der allein die kubanische Zuckerproduktion aufnehmen und das früher von amerikanischen Firmen raffinierte Öl liefern konnte. Das ist die Wurzel des kubanischen «Kommunismus». Es ist die alte Geschichte: Zuerst tut man alles, um die nationale und soziale Befreiung eines ausgebeuteten Koloniallandes (oder eines sonst unterentwickelten Landes) zu ersticken, und wenn das nicht gelingt, zetert man über Kommunismus und schickt sich an, das «unglückliche Opfer des Weltbolschewismus» mit Gewalt jeglicher Art wieder in den Schoß der «freien Welt» zurückzuführen . . .

Kommunismus und Fidelismus

Wie Stuart Hall und Norm Fruchter in der englischen «New Left Review» zutreffend sagen, war aber weder Kuba von vornherein kommunistisch ausgerichtet, noch machte die Sowjetunion im ersten Abschnitt der kubanischen Revolution einen Versuch, deren Gestalt und Entwicklung maßgebend zu beeinflussen. Die Anlehnung des Regimes Castro an den Sowjetblock kam erst und wurde zur Notwendigkeit, als unter nordamerikanischem Druck die Revolution zu erliegen drohte. Gewiß ist dadurch die kommunistische Partei in Kuba zu einem Einfluß gekommen, den sie sonst nie gewonnen hätte. Regierung und Verwaltung, Presse und Radio, Gewerkschaften und Wirtschaftsplanung, teilweise auch Schulwesen und Armee sind tatsächlich weithin in den Wirkungsbereich der einheimischen Kommunisten geraten, die anfänglich gegenüber der Wucht des «Fidelismus»

so gut wie machtlos gewesen waren und die Revolution als bloßen «bürgerlichen Putsch» mit dem «Abenteurer» Castro als Führer bezeichnet hatten. Aber in dem erwähnten Aufsatz der «New Left Review» wird nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die kubanischen Kommunisten auch jetzt nicht die wirklichen Träger der Revolution sind. «Es sind die ‚neuen Männer‘, die Führerschaft aus der Sierra Maestra, die das Tempo der Revolution bestimmen.» Auch die Sowjetregierung stehe nicht unmittelbar mit den kubanischen Kommunisten in Verbindung, sondern bleibe dem Grundsatz treu, daß überall die «nationale Führerschaft» als die entscheidende Kraft anerkannt werden müsse. So willkommen den mehr erfahrungsmäßig-improvisierend vorgehenden Leuten um Castro die geschulten Kader der Kommunisten seien, so übten diese ihren Einfluß doch in einer bemerkenswert freien, «revisionistischen» Art und Weise aus.

In jedem Abschnitt der Revolution, so stellen die englischen Beobachter fest, sei die Führerschaft der Bewegung in Gegensatz zum rechtgläubigen Kommunismus gestanden. Sie habe «immer wieder die Lehre verworfen, daß das lebende Geschlecht zugunsten von Segnungen geopfert werden müsse, die erst spätere Geschlechter genießen könnten. Sie weigerte sich, die Vorteile der Revolution auf später zu verschieben. Ihre Errungenschaften kamen dem Volk sofort zugut: die Löhne stiegen; die Mieten wurden halbiert; der Preis der Verbrauchsgüter wurde scharf herabgesetzt, um sie auch dem ärmsten ‚Guajiro‘ erschwinglich zu machen; Wohnungsbau und Schulwesen haben durchaus den Vorrang... Die Kommunisten erachteten die Landwirtschaftsreform und die Ansetzung einer Höchstgrenze für Bodenbesitz als ‚zu radikal‘. Die Führerschaft verwarf entschlossen das klassische Schema der kommunistischen Praxis: Schwerindustrie als Grundlage, plus erzwungene ursprüngliche Akkumulation plus Angleichung der Bauernschaft an das städtische Proletariat durch Kollektivierung... In jeder richtiggehenden bolschewistischen Revolution wäre 1961 ‚das Jahr der Industrialisierung‘ gewesen; statt dessen haben es die Kubaner zum ‚Jahr der Erziehung‘ gemacht. Es gibt keinen Aufstieg über die Parteibürokratie. Die Kommunisten, die Stellen in der Verwaltung bekamen, sind dort auf Grund ihrer Fähigkeiten. Und vielleicht das Allerwichtigste: die Zivilbevölkerung bleibt bewaffnet — ein Brauch, der seit dem Zusammenbruch der Räte in den kommunistischen Ländern unbekannt ist. Was schwerer zu umschreiben ist, der Geist der Revolution im Alltag, unterscheidet sich deutlich vom kommunistischen Muster.» Die revolutionäre Dynamik gehe noch immer von den Führern aus der Sierra Maestra aus, während sich die Kommunisten nur halten könnten, indem sie dauernd ihre Treue zu Fidel Castro und seiner Bewegung betonten, die ihrerseits — fügen wir bei — die Einheit mit den Kommunisten gegenüber allem Antikommunismus verkünden und sich deshalb zum Marxismus-Leninismus bekennen.

Ähnliches berichtet, nach zweijährigem Aufenthalt in Kuba, der amerikanische Professor Joseph P. Morray, der in der Neuyorker «Monthly Review» (Septemberheft) die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Revolution auseinandersetzt und keine raschen, dramatischen Fortschritte auf diesem Gebiet in Aussicht stellt, aber von der inneren Festigkeit und der Volkstümlichkeit des neuen Regimes überzeugt ist. Das muß nach dem völligen Versagen ihres Geheimdienstes im Frühjahr 1961 heute auch die Regierung der Vereinigten Staaten wissen, ebenso wie sie wissen muß, daß Fidel Castro in ganz Lateinamerika eine politische Kraft ist, die nicht leichthin herausgefordert werden darf. Schon heute kann keine lateinamerikanische Regierung offen die Vereinigten Staaten gegen Kuba unterstützen, ohne ihren Sturz zu riskieren. Und schließlich wird ein USA-Präsident, der sich einen ehrenvollen Platz in der Geschichte sichern will, doch etwelche Zurückhaltung gegenüber den antikommunistischen Scharfmachern üben müssen, so volkstümlich auch ein militärisches Eingreifen in Kuba für den Augenblick sein mag.

All das wirkt hemmend auf das Drängen der nordamerikanischen Aktivisten nach einem «Freiheits-Kreuzzug» gegen Kuba. Aber wir wollen uns nicht täuschen: der Beschluß der beiden Häuser der nordamerikanischen Bundesversammlung zur Kubafrage ist so vieldeutig und dehnbar, daß er von der Regierung mit Leichtigkeit angerufen werden könnte, wenn sie den Zeitpunkt gekommen fände, um «mit allen Mitteln, auch militärischen, die Ausdehnung des marxistisch-leninistischen Regimes in Kuba durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt (!) ebenso wie seine angriffslüsternden oder umstürzlerischen Umtriebe (!) in irgendeinem Teil der (westlichen) Halbkugel zu verhindern». Und es bleibt uns nur die Hoffnung, die Sowjetunion werde durch verantwortungsvolle Vermeidung von Handlungen, die in den Vereinigten Staaten *mit Recht* als Herausforderung erklärt werden könnten, dazu beitragen, daß sich Präsident Kennedy des Ansturms seiner wilden Männer dauernd wehren können. Die Warnung, daß ein amerikanischer Krieg gegen Kuba auch den Krieg mit der Sowjetunion bedeuten würde, dürfte im übrigen auch auf die ärgsten Heißsporne in den Vereinigten Staaten mit der Zeit abkühlend wirken und zum Durchbruch der Erkenntnis mithelfen, daß der Kommunismus nicht durch militärische Machtentfaltung abgewehrt und eingedämmt werden kann, weder in Kuba noch sonst irgendwo in der Welt.

Geistige Auseinandersetzung – aber wie? In der Tat bleibt der «freien Welt» gar nichts anderes mehr übrig, als dem Kommunismus mit *geistigen* Waffen entgegenzutreten. Das unterstreicht auch G. Zwerenz in dem früher erwähnten Buch: «So wichtig die Abwehr der kommunistischen Infiltration bleibt, so wichtig ist auch der sachkundige Dialog mit dem

Kommunismus. Während Kriege die Welt materiell vernichten, ist der Dialog die einzige Form der Auseinandersetzung und auch die einzige Form der effektiven Verteidigung. Der Konflikt muß aus den Rüstungsfabriken in die Gehirne der Menschen verlagert werden. Die heutige politische Defensive des Westens wurde mitverursacht durch die jahrelang gepflegte, leichtsinnige und oberflächliche Meinung, der Kommunismus sei geistig minderwertig.» Das muß man besonders deutlich unseren antikommunistischen Eidgenossen sagen, und Professor H. Lüthy, der Geschichtsprofessor an der ETH, sagt es in den «Schweizer Monatsheften» (September) auch recht deutlich. Auch er glaubt nicht, daß die Spaltung der heutigen Welt — kommunistische Staaten hier, «freie Nationen» dort — «durch den physischen Sieg des einen Lagers über das andere überwunden werden kann»; er sieht vielmehr «die einzige Hoffnung auf lange Sicht in einer inneren Entwicklung der kommunistischen Welt im Sinne der Freiheit und des Pluralismus». Um diese Entwicklung herbeizuführen, so meint Dr. Lüthy, sei es aber dringend nötig, daß die «freie Welt» über die bloße Abwehrhaltung gegenüber dem Kommunismus, über die Politik des Cordon sanitaire hinauskomme und in eine «offensive geistige Auseinandersetzung» mit dem Kommunismus eintrete, wobei er selbstverständlich annimmt, daß der Westen dank der unzweifelhaften geistigen und sittlichen Überlegenheit, die er gegenüber dem Osten besitze, aus diesem Wettstreit als Sieger hervorgehen werde.

Grundsätzlich einverstanden! Nur — ich bezweifle sehr, nein, ich bestreite es des entschiedensten, daß der Westen (um diesen unscharfen Ausdruck für die nichtkommunistische Welt auch hier zu gebrauchen) dem Osten tatsächlich geistig und sittlich genügend überlegen sei, um ihn eindeutig schlagen zu können. Professor Lüthy sieht die «einzige Hoffnung» für die Überwindung der Weltspaltung — sagen wir: des Kalten Krieges — in einer radikalen Wandlung des Kommunismus zu einer inneren Verfassung, in der — wie angeblich bereits im Westen — «Freiheit des Denkens, der Information und der individuellen Erkenntnis», «Spontaneität, freie Wahrheitssuche und schöpferischer Zweifel» vorherrschten und typisch seien. Daß sich auch der Westen von Grund auf wandeln müsse, damit ein echtes, fruchtbares Zusammenleben der beiden heute feindlich gegeneinander stehenden Welten möglich werde, ja daß eine solche Wandlung des Westens eine der wichtigsten Vorbedingungen für die innere (und äußere) Neugestaltung des Ostens bilde — dieser Gedanke scheint ihm ganz fern zu liegen, so sehr ist er von der geistigen Überlegenheit des Westens überzeugt, einer Überlegenheit, die offenbar nur mutig nutzbar gemacht werden müsse, damit sie den Kommunismus von Grund auf erschüttere und schließlich besiege. Und doch kommt es in der heutigen Lage der Welt entscheidend auf die wurzelhafte Umwandlung vor allem der *nichtkommunistischen* und *antikommunistischen* Länder an, damit Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit in einer geeinten

Welt Wirklichkeit werden können. Ich sehe hier von der für mich offenkundigen Tatsache ab, daß der Hauptgrund für den Kalten Krieg, für die heutige kriegsdrohende Weltspaltung nicht im Bestehen einer «unfreien Gesellschaft» im kommunistischen Osten liegt, daß also die lebendig-friedliche Welteinheit nicht maßgebend von einer Wandlung des Ostens zu einer «freien Gesellschaft» nach Art des europäisch-amerikanischen Westens abhängt. Darüber ist in den «Neuen Wegen» seit Jahren so viel gesagt worden, daß jetzt nicht weiter darauf eingetreten werden soll. Was indes einige, wenn auch nur stichwortartige Bemerkungen erfordert, das ist die Frage, ob der Westen wirklich über die geistigen Kräfte und sittlichen Werte verfügt, die ihm eine erfolgsversprechende «offensive Auseinandersetzung» mit dem Kommunismus erlauben. Ich für meinen bescheidenen Teil kann da nur mit einem glatten Nein antworten*. Vor allem ist es eine große — von der westlichen Propaganda so planmäßig geförderte — Täuschung, zu glauben, der Westen sei gekennzeichnet durch seine politischen und persönlichen Freiheitsrechte, so wie der Osten entscheidend durch Diktatur, erzwungene Gleichschaltung und Zerstörung des sittlichen Menschenkerns gekennzeichnet sei. Natürlich *gibt* es im Westen persönliche und politische Freiheit, die der Osten nicht hat. Ich selbst möchte diese Freiheit um keinen Preis missen und könnte persönlich wie beruflich in einem kommunistischen Land wohl überhaupt nicht bestehen. Allein die Freiheit, die es im Westen noch gibt, ist längst nicht mehr typisch für ihn; sie bezeichnet nicht mehr in irgendeiner Art das innerste Wesen der bürgerlich-kapitalistischen «Demokratien», ja sie ist eher die Ausnahme als die Regel und wird nur solange und soweit geduldet, als sie den Erwerbs- und Besitzinteressen der herrschenden Klassen und ihrer Mitläufer nicht gefährlich wird. Hier wird die kapitalistische Gesellschaft sofort unerbittlich brutal und böseartig: wer sich mit ihr nicht gleichschalten läßt, den straft sie mit Ächtung und Höherhängung des Brotkorbs, wenn möglich unter Wahrung des freiheitlichen Scheins, wenn nötig aber auch in autoritären, ja faschistischen Formen, immer jedenfalls mit feinerem oder gröberem Terror.

Man darf eben nicht ein Idealbild von der Demokratie formen (dem dann gewöhnlich ein Zerrbild des Kommunismus entgegengestellt wird), darf nicht eine Demokratie behaupten, wie sie sein *sollte*, sondern muß die westliche Demokratie sehen, wie sie heute tatsächlich *ist*. Und da zeigt sich bald, daß die Demokratie nicht mehr die revolutionäre Kraft ist, die sie einmal war, sondern eine konservativ-reaktionäre Seele angenommen hat, daß ihre ursprünglichsten, tiefsten Wurzeln verfault und vertrocknet sind und daß sie weder in einer sittlichen und religiösen Lebensauffassung noch in einer Wirtschaft selbständiger Kleinunternehmer und Bauern mehr einen wirklichen

* Vergleiche auch die Weltrundschau in den «Neuen Wegen» von Juli/August 1958.

Halt hat, vielmehr unter dem verheerenden Einfluß des Kapitalismus der Verweltlichung und Materialisierung in einem Grad verfallen ist, der auch ihren äußeren Bestand aufs schwerste gefährdet, auch in den Ländern, wo sie nicht bereits irgendeiner Art von Diktatur und Faschismus Platz gemacht hat. Mit Recht ist darum vor ein paar Jahren einmal gesagt worden: «Von den 71 Nationen der ‚freien Welt‘ werden 49 diktatorisch regiert; die restlichen 22 sind Wirtschaftsoligarchien.» Jeder Blick auf die wirklichen Verhältnisse in den sich als frei bezeichnenden Staaten bestätigt das; kein Wunder darum, daß die westlichen «Demokratien» ohne viel Hemmungen die Freiheit der Welt Arm in Arm mit den rückschrittlichsten Diktaturen, von Trujillo junior über Salazar und Franco bis zu Tschiang Kai-schek und Ngo Diem, verteidigen . . .

Nur kein Pharisäertum!

Gerade auch die Freiheit der Information, der Wahrheitsforschung und der Meinungsäußerung wird in den westlichen «Demokratien» zynisch mit Füßen getreten. Die große Masse der Zeitungsleser, Radiohörer und Kinobesucher bekommt durch die Kommerzialisierung der «Aufklärungsmittel» ein völlig falsches Bild von der Lage auf nationaler wie internationaler Stufe. Was Henry Wallace seinerzeit von Amerika gesagt hat, gilt von den meisten anderen westlichen Ländern: «Die in den Schlüsselstellungen sitzenden Kapitalisten üben auf die öffentliche Meinung einen Einfluß aus, der raffinierter (more subtly) wirkt als derjenige, den die herrschenden Mächte in den Ländern ausüben, in denen die Presse nicht frei ist.» Wie will da die «freie Welt» eine Offensive einleiten können, die den kommunistisch regierten Völkern die Wahrheit enthüllen und die Segnungen der westlichen Demokratie bringen soll?

Die östlichen Kommunisten berufen sich jedenfalls nicht mit Unrecht auf Freiheiten, die der Westen meistens nicht habe, wie die Freiheit des kostenlosen Zugangs zu allen Bildungsmöglichkeiten und des ebenso kostenlosen Gesundheits- und Krankenpflegedienstes, die Freiheit von materiellen Sorgen im Alter, überhaupt die mehr und mehr verwirklichte Freiheit von Armut und Not. Darum auch das mächtige Ansehen, das die fortgeschritteneren kommunistischen Länder bei den noch völlig unterentwickelten Völkern genießen. «Wir haben die Freiheit nur theoretisch gerettet», sagt mit Recht der Abbé Pierre; «wir laufen Gefahr, nur einen Leichnam gerettet zu haben. Die Menschen in den unterentwickelten Ländern wollen lieber mit den Kommunisten essen als mit unserer Freiheit Hungers sterben. Von eineinhalb Milliarden Menschen in den unterentwickelten Ländern hängt unser aller Zukunft ab, nicht von der Ost-West-Frage!»

Daß auf diesem ganzen Feld der Kommunismus auch sittlich und geistig dem «freien Westen» weit überlegen ist und von einer Konkur-

renz mit der westlichen Lebensanschauung und Lebensform nichts zu fürchten hat, liegt klar auf der Hand. Soweit aber der Kommunismus moralisch angegriffen werden kann und soll, wollen wir ja nicht übersehen, daß seine Sünden und Fehler größtenteils auch die Sünden und Fehler der «freien Welt» sind und durch diese mittelbar und unmittelbar großgezogen wurden. Die ganze Weltanschauung des Kommunismus, sein philosophischer und praktischer Materialismus und was damit zusammenhängt — sie stammen ja aus dem Westen, wo sie theoretisch zwar noch immer verketzert, tatsächlich aber ebenso hemmungslos wie heuchlerisch gelebt und ausgelebt werden. Auch hier keine Überlegenheit des Westens, eher das Gegenteil, wenn man beispielsweise an die «kommunistische Sittlichkeit» denkt, die in den Ostländern (nicht zuletzt im erneuerten China) nicht nur gepredigt, sondern in wohl wachsendem Maß auch geübt wird, am ehrlichsten von der Jugend. Berdiajew stellt jedenfalls mit gutem Grund fest (in «Christentum und Klassenkampf»): «Die bürgerliche Ideologie und die bürgerliche Moral können nicht mehr pathetisch erlebt werden und treten in eine Periode des Verfalls. Sie hören auf, die Jugend zu begeistern. Noch werden die bürgerlichen Interessen — teils halblaut und verschämt, teils zynisch und herausfordernd — verteidigt; niemand aber glaubt mehr an die Wahrheit der bürgerlichen Lebensauffassung. Das bedeutet, daß der bürgerliche Gesellschaftstypus seinem Ende entgegengeht.» Das *verbürgerlichte* Christentum des Westens (es gibt selbstverständlich auch ein anderes), das im besten Falle leer, schal, unglaublich, im schlimmeren aber eigentlicher Verrat ist, ist darum überhaupt nicht zu einer geistigen Offensive gegen den Osten fähig; ich ziehe ihm die kommunistische Gottlosigkeit trotz ihrer Dummheit und ihrer Verderblichkeit für den Sozialismus immer noch weit vor, soweit da überhaupt echte Gottlosigkeit vorliegt. Gerade letzthin stieß ich auf einen Aufsatz des französischen Genossenschaftsforschers Professor Bernard Lavergne in seiner Zeitschrift «L'année politique et économique» (Mai 1962), worin er in Übereinstimmung mit vielen anderen westlichen Menschen, die sich um ein möglichst sachliches Urteil über die Sowjetunion bemühen, zu bedenken gibt: «So widersinnig es auch sein mag — es ist doch so, daß diese Ungläubigen, die hartgesottenen Gottlosen, die Lenin und seine Freunde wie seine Nachfolger waren, sich zur Aufgabe gemacht haben, mit der Tat den beiden christlichen Geboten Geltung zu verschaffen, um deren Befolgung sich die westlichen Nationen nicht gekümmert hatten: nämlich einen Gesellschaftstypus zu organisieren, in dem die Bruderschaft unter den Menschen im vollen Maß des Möglichen geachtet würde, und andererseits mit Zähigkeit eine internationale Ordnung aufbauen zu helfen, aus der der Krieg für immer verbannt wäre.» Mag man das anerkennen oder nicht: das «christliche Abendland» mit seiner *tatsächlichen* Gottlosigkeit ist sicher größtenteils selber schuld, daß der östliche Kommunismus den Atheismus zu seiner

Staatsreligion erhoben hat, und bleibt in der *praktischen* Achtung vor den sittlichen Werten, auf die es sich mit soviel Heuchelei immer wieder beruft, weit hinter den kommunistischen Staaten zurück, die sich theoretisch zu irgendeinem primitiven Naturalismus und Materialismus bekennen.

Nur im Vorübergehen sei die *politische* Schuld der westlichen «Demokratien» am Aufkommen des Kommunismus erwähnt; auch davon war in diesen Blättern häufig die Rede. Aber nur Menschen, die von geistigen und gesellschaftlichen Zusammenhängen nichts wissen, können leugnen, daß der Gewaltkommunismus überhaupt nicht entstanden wäre, wenn nicht die Völker, unter denen er am stärksten Wurzel gefaßt hat, vom westlichen Kapitalismus und Kolonialismus jahrzehntelang und jahrhundertlang ausgeplündert und niedergehalten worden wären, und wenn nicht ihre Befreiungsbewegung von ihm mit Feuer und Schwert bekämpft und mit Geld- und Wirtschaftsmacht zu ersticken versucht worden wäre. Kuba ist nur das jüngste Beispiel dafür. Für die Sowjetunion hat Konni Zilliacus in seinem Buch «Mirror of the Present» besonders überzeugend nachgewiesen, daß für den Terror schon unter Lenin und dann unter Stalin entscheidend die westmächtlichen Interventionskriege und die Unterwühlung der neuen sozialistischen Ordnung durch Hitlerdeutschland verantwortlich sind. Also auch hier nur keine Selbstgerechtigkeit des «freien» Westens und gar Adenauerdeutschlands! Wir haben es hier schon oft genug gesagt: Damit sich die Sowjetunion fortschreitend liberalisieren kann, muß sie Sicherheit vor äußerer Bedrohung haben — und das wiederum setzt eine völlige Umkehr der westmächtlichen Ostpolitik und eine Abkehr vom gegenrevolutionären Kapitalismus voraus.

Darüber hinaus aber bleibt der Kommunismus als Gewalt- und Zwangssozialismus solange die einzige Form der gesellschaftlichen Revolution, die in den fortgeschritteneren Ländern grundsätzlich so notwendig ist wie in den unterentwickelten, als 1. die Demokratie nicht mit wirtschaftlichem und sozialem Gehalt erfüllt und dadurch auch politisch untermauert und erneuert wird; und 2. als sie nicht aufs neue geistig-sittlichen Grund und Lebenssaft zurückgewinnt. Hier müßte die so oft verlangte geistige Offensive gegen den Kommunismus einsetzen — eine Offensive, die sich zuallererst gegen den Geist der Unfreiheit und Gewalttätigkeit in Wirtschaft, Politik und Kulturleben der nichtkommunistischen Welt selber zu richten hätte. Eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe fiel dabei dem Sozialismus zu, der in freiheitlich-radikaler Gestalt die größten Siegesaussichten hätte, aber freilich, zum Sozialdemokratismus entartet, sich mehr und mehr verbürgerlicht und, vom sensationellen Erfolg des Spätkapitalismus hypnotisiert, zur Stütze der innerlich faulen alten Ordnung wird. Mit dem Bürgertum zusammen *muß* er sich daher in die *militärische* Auseinandersetzung mit dem Kommunismus flüchten, auf ein Gebiet also,

auf dem die «freie Welt» sich am ehesten noch dem Kommunismus gewachsen fühlt. Und doch bleibt ihr nur noch die Wahl, entweder das militärische Kräftemessen bis zum Selbstmord im Atomkrieg weiterzutreiben, oder aber die Offensive gegen den Kommunismus entschlossen aufs geistige Gebiet zu verlegen und sie vom Boden einer *sozialistischen* Demokratie aus zu führen. Kann sie sich weder zum einen noch zum anderen entschließen, dann braucht sie sich nicht zu wundern, wenn auch fernerhin die soziale Revolution unserer Zeit unter Führung des Kommunismus mit Gewalt, Zwang und Blutvergießen vollzogen wird.

6. Oktober

Hugo Kramer